

Zwölf Euro Mindestlohn für öffentlich Beschäftigte?

Hamburger Modell

In Leipzig reicht der Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde aus, um nicht mit Hartz IV aufstocken zu müssen. In Hamburg wären laut einer DGB-nahen Studie aber 10,56 Euro nötig. „Damit Hamburg als Stadt der guten Arbeit weiter voranbleibt“, soll der Mindestlohn für öffentlich Beschäftigte auf zwölf Euro steigen, verspricht der neue Erste Bürgermeister, Peter Tschenschner (SPD) – nicht durch ein Gesetz, sondern durch Tarifvereinbarung.

Das würde ein Monatsgehalt von 2.016 Euro bedeuten. Doch bereits jetzt verdienen Landesangestellte in Vollzeit mindestens 2.000 Euro, Beamte 2.271 Euro. Im Hamburger Vergabegesetz ist auch für private Auftragnehmer die Tarifreue festgeschrieben. Dennoch arbeiten in der Hansestadt etwa 6.300 Beschäftigte in Behörden, Hochschulen und städtischen Unternehmen für weniger als zwölf Euro. Dies betrifft unter anderem 2.200 Beschäftigte in stadtteiligen Reinigungsunternehmen, knapp 700 beim städtischen Kita-Betreiber Elbkinder und tausend studentische Hilfskräfte an den Hochschulen. Ungelernte Gärtnergehilfen erhalten im Einstiegstarif 11,63 Euro (künftig 12,12 Euro) und nach dem ersten Jahr sogar 13,29 Euro. Damit ist die Tschenschnersche Ankündigung weitgehend eine Luftnummer.

Hamburg zählt bei den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten zu den fünf teuersten deutschen Großstädten. So braucht eine vierköpfige Familie bei einem Bruttoein-

kommen von 71.500 Euro in Münster (Deutschland im Durchschnitt auf 100 Prozent gesetzt) für die gleichen Ausgaben in München 159, in Frankfurt 125 und in Hamburg 115 Prozent. In Dortmund käme sie sogar mit 86 und in Duisburg mit 80 Prozent dieses Vergleichseinkommens aus. Für einen Singlehaushalt ist die Spannweite mit 71 bis 176 Prozent noch größer, wobei Hamburg den Indexwert beibehält. Das wäre ein Grund, den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro zu regionalisieren.



VON DIRK MEYER

»Jede Stadt muß wissen, daß Steuerzahler nur begrenzt ausbeutbar sind.«

Was für Münster angemessen erscheint, ist für München viel zu niedrig und für Leipzig zu hoch angesetzt. Allerdings hat jeder gesetzliche Lohn-eingriff unerwünschte Nebenwirkungen. Trotz Konkurrenzschutz muß jeder Stadtkämmerer auf sein Budget achten, denn Steuerzahler sind nur begrenzt ausbeutbar. Entweder verwildern die Grünanlagen zunehmend oder die Stadt schafft Rasenroboter an.

Das Arbeitslosengeld II entspringt diesem – leider nur unvollständig gelösten – Dilemma: einerseits die Arbeitsaufnahme zu fördern, andererseits eine Grundsicherung zu gewährleisten. Über eine Million Menschen, die „Hartz-IV-Aufstocker“, leben in diesem Zwiespalt. Trotz der teilweise berechtigten Kritik an Hartz IV sollte deshalb an der Grundkonstruktion festgehalten werden – der Trennung von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

„America first“: Zölle und Sanktionen beflügeln die Alcoa-Aktien

Deutsche zahlen drauf

Von Thomas Fasbender

Vor vier Jahren war die Aluminiumproduktion in Deutschland noch „schmutzig, teuer, überflüssig“. Die Aluhütte Trimet verbrauche so viel Strom wie die Stadt Essen. Bei einem Jahresbedarf von 2,5 Millionen Tonnen würde der Wegfall von 500.000 Tonnen aus heimischen Hütten „kaum ins Gewicht fallen“, behaupteten ARD-„Energieexperten“.

Inzwischen hat das Vertreiben der Aluindustrie offenbar keine Priorität mehr, denn dem Kampf gegen die bösen Putins dieser Welt muß alles untergeordnet werden. Das jüngste Ziel ist der weltweit zweitgrößte Aluproduzent Rusal (JF 18/18). Für welche politischen Vergehen der Hauptaktionär Oleg Deripaska bluten soll, ist unbekannt. Dennoch verliert Rusal wohl sein gesamtes US-Geschäft. Wenige Wochen zuvor hatte Donald Trump Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium aus China verhängt. Die Importeure bestellten daraufhin bei Rusal. Damit war dem US-Aluriesen Alcoa auch nicht geholfen. Was lag näher, als Rusal zum Lieferanten von

grata zu machen? Eine Oligarchenfirma kann schließlich nur böse sein, das finden auch ARD & Co. Ohne Chinesen und Russen gibt es aber noch weniger Aluminium am Markt. Von einem Alu-Defizit von einer Million Tonnen ist die Rede. Auch der Rohstoff Bauxit wird knapp – was das bedeutet: steigende Preise und steigende Alcoa-Profiten in Pennsylvania. Die Aktie kletterte auf ihr Jahreshoch, die Gewinnerwartungen stiegen von 2,6 auf bis zu 3,7 Milliarden Dollar.

Es gibt auch Verlierer: Die Aluminiumverarbeiter beklagen weltweit die hohen Preise. In Irland droht einer Rusal-Fabrik die Schließung. Die australisch-britische Rio Tinto muß neue Käufer für ihre Rohstoffe finden. Und es stellt sich die Frage: Geht es bei den Maßnahmen überhaupt um Rußland? Um Rusal und Alcoa – ja. Aber um die russische Politik? Die EU sanktioniert Rußland seit vier Jahren. Tausende Firmen haben ihre Kunden verloren, Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze. Was haben die Opfer gebracht? Nichts. Was soll das Ganze dann?



Tarnkappenflieger F-35: Die Entwicklungskosten von fast einer halben Billion Dollar sind selbst für amerikanische Verhältnisse gigantisch

Stelldichein der Superlative

Luft- und Raumfahrtmesse ILA: In Berlin wurde präsentiert, wofür bald Steuergelder ausgegeben werden

FABIAN SCHMIDT-AHMAD

Ursula von der Leyen hat viel Steuergeld zu verteilen. Nach Jahrzehnten der Dürre wächst der Wehretat seit 2016 kontinuierlich. Vergangenes Jahr stieg ihr Budget von 35,1 auf rund 37 Milliarden Euro – das waren 11,2 Prozent des Bundshaushalts. In diesem Jahr sollen es noch mehr werden. Der Bundeswehrverband fordert 15 Milliarden Euro mehr im Wehretat bis 2021. Ein Gutteil davon soll nach dem Willen der Bundesverteidigungsministerin in die Luftwaffe investiert werden, weshalb sich Anbieter auf der Internationalen Luft- und Raumfahrtmesse ILA (ILA) entsprechend präsentieren. Jagdbomber, Transporthubschrauber, Drohnen – nicht zufällig war gut vertreten, was derzeit auf Ursulas Einkaufsliste steht. Ganz oben ein Nachfolger für den Tornado.

Erhalt der militärischen Luftfahrtexpertise?

Rund 85 der Kampfflugzeuge dienen noch in der Luftwaffe. Doch der zwischen 1980 und 1999 produzierte Jagdbomber kommt ins Pensionsalter. In den kommenden Monaten will sich das Verteidigungsministerium für einen Nachfolger ab dem Jahr 2025 entscheiden. Kandidaten für das Multimilliar-den-Geschäft sind neben einer noch zu entwickelnden Jagdbomber-Version des Eurofighter auch drei amerikanische Modelle: die beiden Boeing-Flieger F-15E und F/A 18E sowie die F-35A von Lockheed, alle drei auf der ILA vertreten.

Von der Leyen hat sich bereits auf einen Favoriten festgelegt. „Mit einer möglichen Beschaffung des Eurofighter würde der Erhalt der militärischen Luftfahrtexpertise in Deutschland und Europa weiter gesichert“, heißt es aus ihrem Ministerium. Keine guten Nachrichten

für die deutschen Steuerzahler, denn solche Ankündigungen haben Airbus selten zu kostengünstigen Angeboten veranlaßt. Schon jetzt ist der Flieger in Anschaffung und Unterhalt kaum ein Schnäppchen.

Es stimmt zwar, daß der Flieger ursprünglich auch als Jagdbomber geplant war und nur der Erfolg des Tornados entsprechende Entwicklungen verhinderte. Doch auch der Eurofighter kommt in die Jahre, was sich im Einsatz bemerkbar machen könnte. Denn mittlerweile dominiert die Tarnkappen-Technik die Kampfflugzeugentwicklung. Sollten Jagdbomber der Tornado-Generation noch durch Tiefflüge unerkannt unter dem feindlichen Radar hindurchschlüpfen, wird heute auf geringen Radarquerschnitt gesetzt.

Der Eurofighter ist aber als Luftüberlegenheitsjäger ausgelegt. Die Canard-Flügel neben dem Cockpit beispielsweise sorgen für Wendigkeit im Kurvenkampf, verursachen aber ein deutliches Radarecho. Hier ein Vorteil, doch für einen Bomber, der über feindliche Flugabwehrstellungen gerät, ein Nachteil. Entsprechend wünscht sich der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Karl Müllner, auch Amerikas Prestigeflieger, den Tarnkappenflieger F-35, wie die Agentur Reuters berichtete.

Geschätzte Entwicklungskosten von fast einer halben Billion Dollar für die F-35 sind selbst für amerikanische Verhältnisse gigantisch, politische Skandale, gesprengte Zeit- und Budgetrahmen inklusive. Traditionell bestellen die amerikanischen Streitkräfte Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie unabhängig Flugzeugmuster. Diesmal sollte eine gemeinsame Plattform in drei Varianten helfen, Kosten zu sparen. Vorbild war ausgerechnet das trilaterale Tornado-Projekt von Deutschland, Großbritannien und Italien.

Wirklich billig ist der Flieger dadurch nicht geworden. 2011 bestellte Japan 42 Einheiten für geschätzte acht Milliarden

Euro – und entschied sich damit gegen den Eurofighter, der sich gleichfalls bewarb. Doch trotz des hohen Preises und kostspieligen Unterhalts sind Lockheeds Auftragsbücher voll. An europäischen Staaten haben Großbritannien, die Niederlande, Norwegen, Italien bereits erste Exemplare in der Luft. Auch die Türkei will mindestens hundert Maschinen betreiben.

Kooperation mit deutschen Firmen in Aussicht gestellt

Beindruckend die Leistungen des neuen amerikanischen Standard-Kampfflugzeugs. Neben der Stealth-Technik fällt die ausgefeilte Sensorik auf, die ihm entscheidende Vorteile in der elektronischen Kriegsführung verschaffen soll. Feindflugzeuge und Flugabwehr können so erkannt und bekämpft werden, bevor die F-35 in deren Erfassungsbereich gerät. Das ist auch nötig, denn im Kampf auf Sicht, dem sogenannten Dog-Fight, ist sie eher behäbig. Während der ILA bleibt der Flieger jedenfalls verschämt am Boden.

Auch auf die Waffenlast wirkt sich die Tarnkappe nachteilig aus. Lediglich 1,4 Tonnen Bomben können in internen Waffenschächten transportiert werden. Zwar lassen sich weitere 6,8 Tonnen an Außenträgern befestigen, aber die Tarneigenschaft ist dann dahin. Doch diese wird wohl sowieso nicht ewig halten. China und Rußland arbeiten längst an Radarsystemen, welche den Stealth-Vorteil auf ein Minimum reduzieren sollen. Mit Verbreitung der F-35 werden auch solche Systeme für den Markt interessant.

Und noch einen Nachteil hat der Tarnkappenflieger. Amerika behält sich die letzte Kontrolle vor. Selbst am Projekt beteiligte Staaten erhalten nicht den vollen Einblick in die hochkomplexe Software. Es könnte durchaus sein, daß die F-35 einfach am Boden bleibt, wenn es Washington will. Zusätzlich zu den

hohen Anschaffungs- und Wartungskosten können weitere Investitionen auf Deutschland zu. Beispielsweise läßt sich die F-35 in der Luft nicht mit dem Schleppkorverfahren der Bundeswehr betanken.

Schmackhaft wird Lockheed sein Angebot machen, indem der Rüstungsriese die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen in Aussicht stellt. Dennoch sollte sich Deutschland gut überlegen, ob es sich auf ein solches Wagnis einläßt. Ein Befürworter der F-35 wurde bereits abge-sagt. Wie das Verteidigungsministerium bekanntgab, wird Müllner im Mai mit 62 Jahren in den Ruhestand versetzt. Weg frei für eine Jagdbomber-Version des Eurofighter? Nicht ganz, nun bekommt der Flieger Konkurrenz aus eigenem Haus.

Zu Beginn der ILA gaben Airbus und Dassault bekannt, gemeinsam ein Future Combat Air System (FCAS) entwickeln zu wollen. Vorangegangen war dem eine politische Absichtserklärung zwischen Deutschland und Frankreich. Dieses neue Kampfflugzeug soll nicht ein überarbeiteter Eurofighter sein, sondern eine Art europäische F-35 darstellen. Drohnen, Cyberwar, veretzte Kriegsführung. So ungefähr klang auch die Ankündigung der F-35. Bekommen hat der amerikanische Steuerzahler erst einmal ein Multi-Milliarden-Grab.

Es darf bezweifelt werden, daß die Europäer hier klüger haushalten. Und selbst wenn der Zeitplan von 2035 bis 2040 für den Truppenlauf eingehalten wird, bleibt eine Lücke. Die ökonomisch vernünftige Lösung wäre sowieso eher die F/A 18E. Vor wenigen Tagen bestellte Kuwait 28 Maschinen des technisch ausgereiften Jagdbombers mit teilweiser Tarnkappentechnik – für vergleichsweise günstige 1,2 Milliarden Dollar.

Bundesverband der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI): www.bdl.de / Publikationen US-Verband für Luft- und Raumfahrttechnik: www.aiaa.org

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 - Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer: _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)
Vorname/Name: _____
Straße/Nr. (kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,90. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Kathrin Hartmann
Die grüne Lüge
Weltrettung als profitables Geschäftsmodell
Greenwashing, also das Bemühen der Konzerne, ihr schmutziges Geschäft hinter Öko- und Sozialversprechen zu verstecken, ist erfolgreicher denn je. Je gebildeter die Zielgruppe, je schädlicher das Produkt und je absurder das Öko-Versprechen, desto eher wird die grüne Lüge geglaubt.
240 S., Pb.
Best.-Nr.: 93796 EUR 15,00

Hans-Werner Sinn
Auf der Suche nach der Wahrheit
Hans-Werner Sinn hat wie kein anderer in den letzten Jahrzehnten die wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in Deutschland geprägt. Er gilt als einflussreichster Ökonom im deutschsprachigen Raum. In seiner Autobiografie zieht er die Bilanz eines außergewöhnlichen Lebens.
672 S., Abb., geb.
Best.-Nr.: 93804 EUR 28,00

Rainer Zitelmann
Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung
Eine Zeitreise durch 5 Kontinente
Brauchen wir weniger Markt und mehr Staat? Der Bestsellerautor Rainer Zitelmann zeigt anhand vieler Beispiele von Ländern auf der ganzen Welt, daß durch Vertrauen auf den Markt der Wohlstand steigt. Ein hochaktuelles Buch angesichts wachsender planwirtschaftlicher Einmischung!
288 S., geb.,
Best.-Nr.: 93818 EUR 24,99

Michael Grandt
GEZ
Wie mit Zwangsgebühren Staatspropaganda finanziert wird und warum diese abgeschafft werden sollten
In diesem Buch erfahren Sie alles über unsere zwangsfinanzierten Staatsmedien. Der investigative Erfolgsautor Michael Grandt räumt mit Mythen und Halbwahrheiten auf und entlarvt die größten Propagandalügen. Zu Recht vertrauen immer mehr Menschen der Lügenpresse nicht mehr.
236 S., geb.
Best.-Nr.: 93831 EUR 19,95

Jörg Bibow, Heiner Flassbeck
Das Euro-Desaster
Wie deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt
Der Euro steckt in einer Krise, die den Bestand der Währungsunion gefährdet. Doch Deutschland verweigert sich der Einsicht, dass es selbst eine entscheidende Schuld an der Misere hat. Austeritätspolitik, „Arbeitsmarktflexibilisierung“ und Lohnsenkungen haben die Krise verstärkt.
224 S., Pb.,
Best.-Nr.: 93792 EUR 20,00

Günter Hannich
Megacrash - Die große Enteignung kommt
So schützen Sie sich vor der Krise und sorgen für den Crash-Fall vor
Die Aktien- und Immobilienmärkte blühen, doch der renommierte Geldanlage- und Sicherheitsexperte Günter Hannich sieht eindeutige Signale, die auf einen bevorstehenden Crash hindeuten. Was uns erwartet, ist der komplette Zusammenbruch des Wirtschafts- und Finanzsystems
282 S., geb.,
Best.-Nr.: 93832 EUR 19,95

Douglas Murray
Der Selbstmord Europas
Immigration, Identität, Islam
Europa scheint unfähig zu sein, seine Interessen zu verteidigen. Warum haben die europäischen Regierungen durch ihre Förderung der Masseneinwanderung einen Prozess angestoßen, der zum Selbstmord Europas führt? Douglas Murray hat die Ursachen und Entwicklungen genau studiert ...
384 S., geb.,
Best.-Nr.: 93814 EUR 24,99

Abbildungen können vom Original abweichen!